

gen Vorteil zu vertiefen und die Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise zu durchkreuzen“.<sup>2</sup>

Die Politik der friedlichen Koexistenz hat bereits vielfache Früchte getragen. Betrachtet man die 70er Jahre, wird das besonders offensichtlich. Kennzeichnend beispielsweise für die Zeit unmittelbar nach Abschluß der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war eine ganze Serie von zwei- und mehrseitigen Abkommen zwischen europäischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Auch Konferenzen auf verschiedenen Ebenen und zu unterschiedlichen Themen vertieften die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Gesundheitswesens, des Um-

#### Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil

Die ökonomische Zusammenarbeit ist für den Westen nicht minder vorteilhaft als für die sozialistischen Länder. Großaufträge beispielsweise aus der Sowjetunion über Ausrüstungen für das LKW-Werk „KAMAS“ oder das Elektrohüttenkombinat von Oskol dienen nicht nur dem schnelleren Aufbau dieser Werke. Sie waren auch für die Partner in den kapitalistischen Ländern verlockend; sie ermöglichten, über lange Zeit den Beschäftigungsgrad zu erhöhen bzw. stabil zu halten, die Produktionskapazitäten besser auszulasten, und sie stimulierten den technischen Fortschritt.

„Es waren immer Großaufträge aus der Sowjetunion, die die Beschäftigungssituation bei uns verbessert und Kurzarbeit verhindert haben“, erklärte beispielsweise der Mannesmann-Betriebsrat Kujawa, als er sich für das Zustandekommen des Erdgas-Röhren-Geschäfts mit der Sowjetunion einsetzte.

weltschutzes, der Kultur, der Bildung, des Informationsaustausches und der Kontakte. Als ein Beispiel stehen unter vielen die Handelsbeziehungen.

Trotz der Umtriebe der Gegner der Entspannung und der schwachen Konjunktur in den kapitalistischen Ländern lag die jährliche Zuwachsrate des Umsatzvolumens im Handel zwischen den RGW-Staaten und den westeuropäischen Partnern von 1976 bis 1979 bei neun Prozent. Die RGW-Länder haben gegenwärtig mehr als 1500 Abkommen über langfristige Kooperation mit einer Reihe von westlichen Staaten abgeschlossen.

Über die transeuropäische Erdgasleitung zum Beispiel beziehen neben den RGW-Staaten auch die BRD, Frankreich, Italien und Österreich große Mengen Erdgas.

Heinz Dürr, Vorstands vorsitzender der AEG-Telefunken, bezeichnete dieses Abkommen als „einen dringend wünschenswerten Schub für die inländische Konjunktur in den nächsten Jahren“. Er sprach davon, daß 20000 bis 25000 Arbeitsplätze im Großanlagenbau zumindest für zwei Jahre nicht in Gefahr geraten; auch „einige Dutzend mittelständische Unternehmen der Zulieferindustrie, die es besonders nötig“ hätten, würden von diesem Abkommen profitieren. Realistisch denkende Kreise in den kapitalistischen Ländern - unter ihnen auch Vertreter des Monopolkapitals - nehmen den friedensfeindlichen Konfrontationskurs der Reagan-Administration mit zunehmender Besorgnis auf. Nachdrücklich setzen sie sich für den Ausbau friedlicher Beziehungen zu den sozialistischen Staaten ein, so auch für das Erdgas-Röhren-Abkommen. So wandte sich der Vorstands vorsitzende des

BRD-Konzerns Ruhr gas AG, Klaus Liesen, öffentlich gegen die Forderungen der USA-Regierung nach Verzicht auf dieses Abkommen.

Die von den USA auf gestellte Behauptung, die BRD würde politisch erpreßbar und gefährde ihre Sicherheit, wies er mit konkreten Fakten zurück. Im letzten Jahr - so belegte er - hat die Sowjetunion mit 17 Prozent zur Erdgasversorgung beigetragen, was drei Prozent des Primärenergieeinsatzes entspricht. Ab 1988 würde der Anteil der Gaslieferungen aus der Sowjetunion an der Erdgasversorgung der BRD 30 Prozent betragen. Das wären lediglich 5,5 Prozent des Primärenergiebedarfs, aus denen keinerlei Gefährdung abgeleitet werden könne. Liesen verurteilte in diesem Zusammenhang die Praktiken der USA, die einerseits den BRD-Unternehmen lukrative Lieferungen in die Mitgliedsländer des RGW untersagen, andererseits dagegen selbst ins Geschäft steigen wollen, so in diesem Fall mit 100 hochmodernen Rohriegemaschinen.

Fortschreitende politische und militärische Entspannung und verstärkte ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Staaten beider Gesellschaftsordnungen schaffen günstige äußere Bedingungen für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Sie ermöglichen auch in den kapitalistischen Ländern, umfangreiche Mittel für die Lösung brennender sozialer Probleme freizusetzen. Das läßt sich vor allem an dem Zusammenhang von Abrüstung und Beschäftigung nachweisen.

Wie Untersuchungen amerikanischer Experten ergeben, entzieht jede für militärische Zwecke eingesetzte Milliarde Dollar in der Industrie 140 000 und in staatlichen Einrichtungen 30 000 Arbeitsplätze. In der BRD würde die Einsparung am